# Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,— für das Ausland mit entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

**Berlin SW. 48**
**Wilhelm-Straße Nr. 32.**
**Fernsprecher:**
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die zweigespaltene Reklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition zu richten, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

**Nr. 228. [47. Jahrgang.] Sonntag den 27. September 1908. Erste (Abend-)Ausgabe. [47. Jahrgang.] Nr. 228.**


**Berlin, den 26. September.**

## Rückblicke.

Mit den Darlegungen über die Aufgaben und Wege der Reichsfinanzreform, die der Staatssekretär des Reichsschatzamts Sydow in der Deutschen Rundschau veröffentlicht hat, beschäftigt sich die Presse eingehend, im ganzen, wie hervorgehoben zu werden verdient, auch vorwiegend in einer der Bedeutung des Gegenstandes angemessenen Weise. Von der sachlichen Behandlung des Gegenstandes sticht es seltsam ab, wenn vereinzelte Preßstimmen mit formalen Bedenken dagegen auftreten, daß der Reichsschatzsekretär sich diesmal einer Zeitschrift für seine Darlegungen bediente. Der Vorwurf, rücksichtslos im Größten wie im Kleinsten, gab hier den Ton an, indem er dem Staatssekretär eine persönliche Aeußerung aus Gründen verargte, die selbst den „Genossen" antiquarisch vorkommen mußten. Dennoch blieb er damit nicht völlig allein; ein bürgerliches Blatt fand seinerseits den Weg „ungewöhnlich und auch bedenklich". Selbstverständlich widerlegt schon der Charakter der Kundgebung diese ungeziemende Sorglamkeit, und wenn der hannoversche Courier vielmehr bemerkte, es liege ein neuer Zug vor, aus dem man Gutes folgern dürfe, so sind die übrigen Blätter in ihrer Zustimmung vielfach noch weiter gegangen. Die Deutsche Zeitung sprach ihre volle Sympathie aus; sie schrieb:

„Es ist, wie wir hoffen, nicht nur ein Zufall, den äußere Interessen und Bedürfnisse herbeiführten, sondern viel mehr noch Ausdruck einer innerlichen Tatsache, daß die Reichsregierung bei uns von dem Nimbus wahrhaft modernen Wesens umweht ist. Soeben kommt aus London ein exkreuzlicher Widerhall der Kongreßansprachen des Fürsten Bülow und des Staatssekretärs v. Schoen. Vom grünen Tisch weg hat sich ferner der Staatssekretär Herzburg nach Deutsch-Ost- und Südwestafrika begeben, um sein Reich persönlich kennen zu lernen; und ebenso hat er seinerzeit während des Wahlkampfes sich mit öffentlichen Vorträgen über die Bedingungen und Ziele deutscher Kolonialpolitik direkt an das deutsche Publikum gewandt. Ihm ist nun mit einem Aufsatz in der Deutschen Rundschau über die „Aufgaben und Wege der Reichsfinanzreform" („vom Staatsminister Sydow") der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamtes selber gefolgt. . . . . •

Aehnlich urteilt die Rheinisch-Westfälische Zeitung:

„Die Modernisierung der Verwaltung, die jetzt angestrebt wird, kündigte sich schon in dem Herautreten der höchsten Beamten in die Oeffentlichkeit an, das nunmehr zu den täglichen Erscheinungen gehört. Neu ist, daß der Leiter eines Ressorts selbst die Aufgaben und Arbeiten, die seiner warten, in einer Schrift veröffentlicht, wie dies jetzt der Reichsschatzsekretär Sydow getan hat, um sie der Sphäre der allgemeinen Kritik unterzubreiten. Wir freuen uns dieser Handlung, denn sie zeugt von energischem Geist und Tatkraft erhoffen, daß der Staatssekretär auch bei dem schwierigen Teil seiner Aufgabe, der Durchführung der Gesetzesvorlagen im Reichstage, sich allen Anforderungen gewachsen zeigen wird."

Zur Sache aber faßt das Blatt seine Meinung dahin zusammen: „Ohne uns auf Einzelheiten heute einzulassen, möchten wir doch schon betonen, daß der ernste Wille der Regierung, endlich aus dem Finanzelend herauszukommen, klar aus den Ausführungen hervorgeht, ebenso das Bestreben, ganze Arbeit zu machen. Auch die Mittel und Wege, die zu diesem Ziele führen sollen, scheinen uns so gemählt, daß eine Verständigung mit der Volksvertretung möglich ist."

Man darf feststellen, daß die erfreuliche Entschiedenheit in der öffentlichen Meinung hierin fortschreitet. Die Münchner Neuesten Nachrichten heben in einem Artikel zur Reichsfinanzreform einleitend hervor, daß die Vertreter aller, auch der äußersten Parteien, Gelegenheit zu Aeußerungen zugestimmt haben, so daß die Ausschüsse des Bundesrats mit der Einzelausgestaltung beschäftigt seien. Dann heißt es weiter: „Noch nie ist im Reiche eine so große Summe auf einmal notwendig geworden. Die politische Reife unseres Volkes aber erfordert, daß diesen ungewöhnlich großen Schwierigkeiten auch mutig entgegengesehen wird. Die Begründung des Deutschen Reiches hat Hunderttausenden unseres Väter Blut und Leben gekostet; die Schwäche und Ohnmacht unseres Volkes hat in den letzten Jahrhunderten die Nation mehr als einmal fast zur Verblutung geführt, an Gut und Menschenleben. So enorm groß die Aufgabe sein mag, die die Neuordnung der Finangen an das deutsche Volk stellt, sie ist klein im Vergleich zu dem, was unsere Ahnen geopfert an Selbstbestimmung, Hingabe, staatsbürgerlicher Einsicht und Vaterlandsliebe, um aus dem deutschen Reiche eine schöne Werkstatt der Kultur zu schaffen." — Von der Pfälzischen Rundschau wird ebenfalls auf den Kern des Ganzen hingewiesen. Es geschieht mit den Worten:

„Materiell ist der fast allgemein günstige Eindruck, den die bisherigen Verlautbarungen über die Pläne der Regierung gemacht haben, noch bedeutend verstärkt oder vertieft worden. Kurz gesagt, der organische Charakter der Gesamtreform, den wir bis jetzt ein wenig auf Treu und Glauben hinnehmen mußten, tritt jetzt lebendig und überzeugend hervor. Wir haben es hier in der Tat nicht mit einem Flick- und Stückwerk, sondern mit einem in der Tiefe angefaßten Projekt zu tun, das nicht an Symptomen herumkoriert, sondern das Uebel an der Wurzel angreift. Vor allem exkreuzlich und erwärmend wirkt der Ernst und die rückhaltlose Offenheit, mit der die bittere Wahrheit unserer finanziellen Notlage bekannt und die unabweisbaren Konsequenzen daraus nach allen Richtungen gezogen werden. . . . Der großzügige und einheitliche Charakter der Reform tritt besonders eindeuchtend und schlagkräftig hervor in der anderweiten Regelung des Verhältnisses der Reichsfinanzen zu denjenigen der Bundesstaaten. Hier ist ein Ei des Kolumbus, an das niemand gedacht hatte. Wir stehen nicht an, gerade diesen Teil des Reformplanes für ein Musterstück vorsichtiger und doch kühner Staatskunst zu erklären. Es macht ein intellektuelles Vergnügen, zu sehen, wie die Fäden der ganzen Reform in diesem zentralen Punkte zusammenlaufen, und wie von dem einen Punkt der Beseitigung der gesundenen Materialartikelsätze aus eine nach den verschiedensten Richtungen hin vorteilhaftere Ordnung in unsere Reichsfinanzverwaltung gebracht werden kann. . . . Bis jetzt war die Einleitung des finanziellen Reformwerkes seitens der Regierung ein gewiß allgemein anerkannter Erfolg. Möge nun die Regierung unbeirrt den bisherigen Kurs weiter verfolgen. Sie steht auf höherer Warte als die Zinnen der Parteien es sind, und sie muß die Führung, die sie glücklich in die Hand genommen, auch weiterhin in der Hand behalten."

Schon vor vierzehn Tagen hatten wir eine Reihe von prinzipiellen Zustimmungen führender norddeutscher Organe hier wiedergegeben, und die Haltung dieser Blätter ist die gleiche geblieben. Die Berliner Börsen-Zeitung fügt ihrem Auszuge des Artikels der Deutschen Rundschau hinzu, es sei erfreulich, klar zu sehen.

Man wird die Darlegungen schon in der Kürze des Auszugs für unangreifbar bezeichnen müssen und erst recht die Begründung. Daß die Stellungnahme der Betroffenen trotzdem die gleiche ablehnende bleiben und daß in Resolutionen versucht werden wird, den Nachweis zu führen, daß einzelne Steuern ganze Industrien tödlich treffen, wird hingenommen werden müssen. Die Entscheidung fällt im Reichstag. Und zwar werden vielleicht seltsame Gruppierungen bei den Abstimmungen erfolgen, wie schon heute erkennbar. Die Rechte wird kaum für die geplante Erbschaftssteuer zu haben sein. Und wie das Zentrum als „Zünglein an der Wage" beschließen wird, bleibt eine offene Frage. Der Block wird einer nicht zu unterschätzenden Belastungsprobe unterworfen werden. Aber schließlich wird man denn doch einsehen müssen, daß es sich darum handelt, das Reich auf eine gesunde finanzielle Basis zu stellen, und daß dies eine Lebensfrage für Deutschlands Stellung innerhalb der Völkergruppen bildet."

In der Leipziger Zeitung wird besonders betont, daß nunmehr das Bewußtsein von der Bedeutung der Aufgaben vertieft worden sei, die die verbündeten Regierungen und der Reichstag gemeinsam in der nahen Parlamentssession auf dem Gebiete der Finanz- und Steuerpolitik zu leisten haben. „Der Eindruck, daß es sich bei dem zu erwartenden Riesenprojekt nicht bloß um neue Steuerforderungen, sondern um eine organische Reform unseres gesamten Finanzwesens handelt, wird durch die in den Hauptpunkten ebenso gemeinverständlichen, wie einleuchtenden Ausführungen des Staatssekretärs noch wesentlich verstärkt. In der Tat sucht die Regierung diesmal dem Uebel auf den Grund zu gehen, sie will die Wurzeln der in unserer gesamten Finanzgebarung eingerissenen Schäden ausrotten. Nicht bloß einzelne Folgeerscheinungen einer auf die Dauer ungesunden Finanzpolitik, sondern die Krankheit selber soll getroffen, und nach einigen großen und kleinen Gesichtspunkten, die mit sich selber im Einklang stehen, soll eine systematische Sanierung unserer Finanzwirtschaft unternommen werden." — Die allgemeine Zustimmung zu den Grundgedanken der Reform, wie sie in den Veröffentlichungen der Nordd. Allg. Ztg. und des Reichsschatzsekretärs selbst zum Ausdruck kamen, wird auch in den Dresdner Nachrichten hervorgehoben. Die Hauptsache sei, daß das gesamte deutsche Volk geschlossen hinter den nationalgesinnten Parteien und der Regierung steht und mit vollkommener Einsicht in die eherne Notwendigkeit die nun einmal unbedingt erforderliche Opferwilligkeit zeigt, ohne welche die Durchführung der Sanierung unserer Reichsfinanzen nie gelingen kann. Wenn jemals, so werde bei dieser schwerwiegenden Angelegenheit das deutsche Volk einen Beweis seiner politischen Reife zu liefern haben. „Wenn das Ausland, dem, wie bekannt, schon die einmütige Aufbringung der deutschen Nationalspende für Zeppelin sehr imponiert hat, auch bei Erledigung der Reichsfinanzreform erkennen muß, daß Deutschland, wo es um Fragen seiner nationalen und internationalen Existenz geht, an Opferwilligkeit hinter niemand zurücksteht, so wäre gleichzeitig eine neue Friedensgarantie geschaffen, denn wir werden im Rate der Völker um so mehr respektiert werden, je stärker nicht nur unsere militärische, sondern auch unsere finanzielle Rüstung ist." — Fast gleichlautend wenden sich endlich Betrachtungen im Leipziger Tageblatt und in der Magdeburgischen Zeitung an gewisse Opponenten, um diese vor der ihnen früher schon allzu geläufigen Finanzmacherei zu warnen. Auch die genannte Zeitung tritt einem solchen Verfahren ernst entgegen mit dem Hinweis:

„Es wäre falsch von linksliberalen Steuergegnern, wenn sie die Schrecken neuer geplanter Abgaben allzu eifrig an die Wand malten. Wenn den Lesern und den Wählern immer von neuem vorgeballert wird, daß diese Abgaben unerträglich seien, dann mag es allerdings dahin kommen, daß sie etwas ungeduldig werden. Es mag es auch den Führern, selbst wenn sie wollen, schwer werden, ihren Anhängern diesen Glauben wieder auszureden. Sie haben sich dann aber selbst zuzuschreiben, daß diese Lage eingetreten ist. Namentlich das Schreckspiel des Zusammenbruchs unserer Volkswirtschaft sollte man nicht heraufbeschwören. Dieser Zusammenbruch und die Ueberschreitung der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes ist oft an die Wand gemalt worden — man denke nur an die Zollkämpfe — und nicht eingetreten. Wer auf Sauberkeit des politischen Gewissens hält, sollte solche Behauptungen nicht aufstellen. Man hat gesagt, im Lande sei die Reichsfinanzreform geradezu beliebt. Möge es der Regierung gelingen, diese Beliebtheit, wo sie vorhanden ist, zu erhalten und durch weise und gerechte Vorgehen weiter zu verbreiten."

Noch immer beschäftigt die sozialdemokratische und einen ihr darin folgenden Teil der bürgerlichen Presse das nun verpuffte Feuerwerk des Nürnberger Parteitages. Wenn in dem Häuflein der ehrgeizigen süddeutschen Revisionisten noch ein nicht ganz weggeweiltertes Finklein Unmuts über die neue Niederlage glimmt, so hat es jedenfalls damit nicht mehr Geschick als in früheren Jahren. Und wenn der Vorwärts meint, nicht mit dem Krakeel und Parteischädigung, sondern innere Festigung und Einheitlichkeit der Aktion habe die Tagung gebracht, dann ist das, mit der Ausnahme des unableugbar bleibenden „müßten Krakeels", von seinem Standpunkte aus zutreffend zu nennen. Gibt doch auch die Münchner Post, das Mundstück der Nichtsieger, schon klein bei. Sie sagt, die Partei könne sich mit der formell vorbehaltenen Entschlußfreiheit der Landtagsfraktionen um so eher abfinden, als die Abstimmung gezeigt habe, daß die süddeutsche Auffassung unter den Parteigenossen in allen Zellen des Reiches verstanden und gewürdigt wird. „Diese Selbständigkeit der Landesorganisationen aber schädigt nicht etwa die Einheit der Partei, sie fügt sie vielmehr fester, indem sie an die Stelle einer einseitigen Diktatur einiger vielseitig einflußreicher Parteibeiräte die demokratische Verantwortlichkeit des Parteigangen setzt." Dazu paßt nicht übel, was der radikale Parteibenker Karl Kautsky in der Neuen Zeit kundtut. Die Sozialdemokratie sei neugestärkt aus der „Krise" hervorgegangen. Die Verhandlungen bezeugten, daß die deutsche Sozialdemokratie bleibt, was sie bisher war, „der unversöhnliche Todfeind der herrschenden Ordnung, und daß sie sich durch nichts von diesem Standpunkt abdringen läßt". „Wir haben der Welt nicht das komische Schauspiel gegeben, in unseren Reden die größte Gegensätzlichkeit über die distkutierte Frage zu bekunden, um dann in einer Resolution zu erklären, wir seien darüber alle einig." In Süddeutschland hätten die Regierungen der Sozialdemokratie einige Erleichterungen und Konzessionen höchst unbedeutender Natur gemacht. Kautsky charakterisiert die in Nürnberg angenommene Resolution gegen die Budgetbewilliger dann in seinem Jargon also:

„Es gehört die ganze Nacht der preußischen Reaktion dazu, um die süddeutschen Zaglichter als helle Sterne erkranken zu lassen, aber für verschledene Genossen sind sie zu Hoffnungssternen geworden, die die Geburt einer neuen Zeitlands, einer neuen Methode proletarischen Emanzipationskampfes ansagen. Die süddeutsche Genossen erklärt diese Erwartungen, sie rechtfertigt sie aber nicht. Der Parteitag hat mit Recht in Anbetracht dieser eigenartigen süddeutschen Verhältnisse von jedem Tadel der süddeutschen Budgetbewilliger abgesehen und ihnen den guten Glauben und die besten Absichten ausgeblüht. Aber wenn er ihre Abstimmungen nicht als Verbrechen auffaßte, so durfte er nicht davon absehen, sie als einen Fehler zu kennzeichnen. Und in der Politik sind Fehler bekanntlich noch verhängnisvoller in ihren Wirkungen wie Verbrechen."

Wie für bürgerlichen Parteien hat der Hamburgische Correspondent denn auch die allein mögliche Schlußfolgerung aus diesen Vorgängen gezogen und sie in wenige Sätze zusammengefaßt. „Schon in der Beratung der Maifeier war gegen die von den Gewerkschaften vertretene Lauheit der Radikalismus durchgedrungen. Er triumphiert mit der Resolution über die Süddeutschen und Revisionisten. Nimmt man Bebels Wort hinzu, daß eines Tages „Kopf und Kragen daran gesetzt werden müssen", daß ihm aber die Klugheit verbiete, jetzt mehr zu sagen, so ist es unmöglich, die revolutionären Wege der Sozialdemokratie zu verkennen. Möchte das auch auf solche Liberale wirken, die es mit ihrer bürgerlichen Stellung für vereinbar halten, bei Stichwahlen die Sozialdemokratie im Vergleich zu dem, was ihnen als Reaktion erscheint, als kleineres Uebel anzusehen. Die Nürnberger Resolution sagt ihnen von neuem, daß die ganze bürgerliche Gesellschaft für die Mehrheit der Sozialdemokraten der Uebel größtes ist." Aber auch Begebnisse, wie eins bei der Wahl in Speyer-Ludwigshafen zu verzeichnen war, sollten künftig ausgeschlossen sein.

Daß die Sozialdemokratie sich aus Anlaß des Interparlamentarischen Kongresses und seiner Friedensbestrebungen eine eigene Demonstration leisten mußte, hat kaum noch befremdet. Wohl aber trat das Befremden bald bei den englischen Teilnehmern an der Versammlung ein, als „Genosse" Bernstein bei Uebersetzung ihrer Adresse ins Deutsche den Text mit sozialdemokratischen Ungeschlifenheiten bereicherte, die gar nicht darin standen. Doch um so kleiner Fälschungen willen hat man sich nicht erst aufgehalten — es galt ja vor allem, die friedliche Gesinnung der deutschen Politik zu distkreditieren. Hier hat die Kölnische Zeitung aber alsbald die Schamlosigkeit des Tricks gebührend aufgedeckt. Wir geben ihre Ausführungen im folgenden wieder.

„Der Vorwärts sucht mit einer Verdrehung der Wahrheit, die selbst bei diesem Blatt ein starkes Stück ist, die Friedenskundgebung der englischen und deutschen Arbeiter zu einer Diskreditierung Deutschlands gegenüber dem Auslande auszunutzen. Die Kundgebungen haben sich in größter Ruhe vollzogen, die Polizei hat sie in keiner Weise gehindert, und es ist unseres Wissens nirgends zu Mißhelligkeiten gekommen. Die bloße Tatsache aber, daß in der Gegend der „hafenwärts eine starke Polizeimacht aufgeboten war, genügt dem Vorwärts, um die unsinnigsten Entstellungen vorzubringen. „Die deutschen herrschenden Klassen — so schreibt der Vorwärts — haben der Friedensdemonstration der Arbeiter die Kriegsdemonstration der mobilisierten Berliner Garnison entgegengestellt. Wenige Tage vorher hatte der Reichskanzler vor dem Interparlamentarischen Kongreß seine Friedensrede gehalten. Jetzt war er gezwungen, sich selbst ins Gesicht zu schlagen und der verblüfften Welt den wahren Geist der herrschenden Klassen Deutschlands zu enthüllen. Deutschland ist das Land des Friedens, hieß es noch vor wenigen Tagen. Deutschland ist das Land des Militarismus, lautete das geistige Dementi. Fürst Bülow, wenn er überhaupt, was ja bei der absolutistischen Unabhängigkeit unseres Militarismus nicht ganz sicher ist, dieses Mißgebiet veranlaßt hat, mag sie gewiß nur ungern veranlaßt haben. Denn selbst er muß wissen, daß ihr für das offizielle Deutschland eine entsetzliche Blamage bedeutet, daß in Westeuropa kein Mensch derselben Regierung die Ehrlichkeit ihrer Friedensversicherungen glauben wird, die gegen die mächtigste und eindrucksvollste Kundgebung für den Frieden ihre militärische Macht mobilisiert." — An einer anderen Stelle gibt er seinem Artikel die Teilüberschrift: „Krieg dem Frieden". Kurz und gut, er gebärdet sich, als ob das Polizeiaufgebot dazu da gewesen wäre, die Friedenskundgebung mit Gewalt zu unterdrücken. Es läßt sich schwer beurteilen, ob die Berliner Polizei in der Vorsicht nicht des Guten zu viel getan hat. Aber das eine ist nicht in Abrede zu stellen, daß sie nur pflichtmäßig handelte, wenn sie angesichts der zu erwartenden unübersehbaren Menschenansammlung ihre Vorsichtsmaßregeln traf. Beschuldigungen, daß die Sozialdemokrate am Sonntag Krawalle hervorrufen wolle, waren nicht vorhanden, wohl aber mußte man damit rechnen, daß bei solchen großen Ansammlungen nicht selten die schlechtesten und radaubrüstigsten Elemente der Berliner Bevölkerung mit Vergnügen die Gelegenheit ergreifen, gegen Polizei zu verfahren. Daß sich die Polizei darauf eingerichtet, solchen Versuchen, die wir ja schon erlebt haben, rasch und entschieden entgegenzutreten, ist nur natürlich. Die Denunziation des Vorwärts, daß Deutschland gegen die Kundgebung für den Frieden seine militärische Macht mobilisierte, dürfte selbst diejenigen Engländer, die in die Loyalität der deutschen Sozialdemokraten Vertrauen setzen, einigermaßen stutzig machen. Als logische Leute werden sie sich sagen, daß, wenn man die friedenskundgebung hätte verhindern wollen, es auf viel einfacherem Wege hätte geschehen können, und endlich, daß man sie ja gar nicht verhindert hat. Also wozu der Lärm? Die einzige erfichtliche Absicht kann nur sein, einen Gegensatz zu konstruieren zwischen den „friedlichen" Absichten der deutschen Arbeiter und den „kriegerischen" Gelüsten der deutschen Regierung. Wenn das Ausland daraus folgern sollte, daß Deutschland als staatliche Macht kriegerisch gesinnt sei, so würde das nicht gegen die Logik verstoßen, sintemalen die „friedlichen" Sozialdemokraten heute in Deutschland noch nicht viel zu sagen haben, während die „kriegerischen" Elemente schließlich doch noch die maßgebenden sind. Wenn man also im Auslande dem Räsonnement des Vorwärts folgt, so wäre man ja ganz berechtigt, von den kriegerischen Neigungen Deutschlands zu sprechen, und die auswärtigen Chauvinisten würden sich mit Recht auf den deutschen Vorwärts berufen können."

Nicht oft und eindringlich genug kann nach verschiedener Richtung darauf hingewiesen werden, wie verhältnismäßig leicht es ist, den Frieden in Frage zu stellen, wie schwer aber, ihn vollkommen und auf gute Art wiederzugewinnen. Einen Beweis dafür erbringen die abermals sich anspinnenden Differenzen innerhalb des Deutschen Flottenvereins, mit denen sich die für heut angesetzte Beratung des Präsidiums sicherlich befassen wird. Von den thüringischen Verbänden, deren Vorsitzende stellvertretende auch anderwärts geteilt zu werden scheinen, ist der Landesverband Sachsen-Weimar am weitesten gegangen. Er nahm eine Resolution mit ausdrücklicher Namensnennung dreier bayerischer Vereinsführer an, deren Rücktritt er verlangt. Man kann sich kaum vorstellen, daß die Veranstalter dieses persönlich zugespitzten Beschlusses auf einen direkten Erfolg in München gerechnet haben. Es wird denn auch allgemein angenommen, daß nicht die Herausforderung dort lediglich als solche auffaßt, und so droht sich die Stimmung von neuem zu trüben, wenn nicht von der Vereinsleitung bei zeiten und mit den rechten Mitteln eingegriffen wird. Klar ist wohl, daß die immerhin eigenartigen Schritte der Verbände in Reuß, Rudolstadt und Weimar gegenüber den Danziger Abmachungen auf keine Billigung der Mehrheit im Gesamtverbande zählen können. Die Hoffnung, der Erlaß des Vorgehens einzelner thüringischer Landesverbände sei überhaupt gar nicht einzusehen, es müßte denn sein, daß es sich um die Befriedigung persönlicher Vergeltung handelt. „Durch ein derartiges Vorgehen wird die Arbeit im Flottenverein lahm gelegt, und er wird nicht im stande sein, etwaige Forderungen, die wohl mit Sicherheit zu erwarten sind, mit derjenigen Kraft durchzuführen, die für ein Gelingen unbedingt notwendig ist. Im übrigen ist es direkt unverständlich, wie die drei Führer eines Sondervereins eine Gefahr für den Bestand des zweiten Flottenvereins bedeuten sollen; das heißt doch die Organisation des Deutschen Flottenvereins sehr unterschätzen. Man sollte doch billigerweise erst einmal abwarten, ob, wenn eine nationale Frage in das Agitationsprogramm des Deutschen Flottenvereins aufgenommen wird, die bayerischen Führer und der bayerische Landesverband versagen werden. Mit Prophezeiungen, daß sie dieses tun würden, ist nichts gemacht. Wir sind überzeugt, daß sie ihre ganze Kraft dann in den Dienst dieser Aufgabe stellen werden, und daß sie unter den schwierigen Verhältnissen, unter denen sie in Bayern zu kämpfen haben, gute Erfolge aufzuweisen haben werden. — Großadmiral v. Koester wird somit eventuell Gelegenheit haben, an das gerechtfertigte Vertrauen zu appellieren, das ihm der Deutsche Flottenverein durch seine Wahl zum Präsidenten bekundet hat, und das Ergebnis dürfte gewiß alle besonnenen Freunde dieser nationalen Vereinigung befriedigen.

---

## Rundschau im Auslande.

### Minister Iswolski und Staatssekretär v. Schoen.

Aus Berchtesgaden, den 25., wird berichtet: Der russische Minister des Auswärtigen Iswolski ist nach fünftündiger Fahrt mit seinem Sohne im Automobil von Rottach bei Tegernsee hier eingetroffen. Der Minister begab sich sofort nach der Villa des Staatssekretärs v. Schoen, wo alsbald ein Diner stattfand. Einer Einladung des Staatssekretärs v. Schoen folgend, wird Minister Iswolski bis morgen mittag dort verweilen und um 3 Uhr Nachmittags mit der Bahn nach München reisen.

### Zur Marokko Frage.

Aus San Sebastian wird vom Freitag gemeldet:

Der König empfing heute mittag den deutschen und den französischen Botschafter. Beide Botschafter nahmen gemeinsam mit dem spanischen Minister des Aeußern an der königlichen Frühstückstafel teil. Die Unterhaltung trug einen sehr herzlichen Charakter.

Der Minister des Aeußern Allendesalazar hat erklärt, die Vorbehalte, die Deutschland in seiner Antwort auf die französisch-spanische Marokko-Note gemacht habe, schüfen für Paris und Madrid keinerlei Schwierigkeiten.

Eine Meldung der Deutschen Kabelgramm-Gesellschaft aus Tanger besagt: Der durch eine Meldung der Agence Havas hier, wenn auch nicht vollständig, bekannt gewordene Inhalt der Antwort der deutschen Regierung auf die französisch-spanische Note ruft allgemein Befriedigung hervor, die durch einen in der Dépêche marocaine erschienenen Hetzartikel in keiner Weise beeinträchtigt wird.

### Bulgarien und die Türkei.

Wie die Agence bulgare in Sofia erfährt, ist, Nachrichten aus Süd-Bulgarien zufolge, die Bevölkerung entschlossen, die Rückgabe der Orientbahnen an die Gesellschaft keineswegs zuzulassen. Die Zurückziehung der Militärposten von der Bahnlinie machte im Publikum den schlechtesten Eindruck. Die Regierung wird diese Stimmung der Bevölkerung nicht ignorieren können.

Dem Wiener K. K. Tel.-Korresp.-Bureau wird aus Konstantinopel, den 25., gemeldet:

Die Pforte richtete an die Signatarmächte des Berliner Vertrages eine Zirkularnote, in welcher diese aufgefordert werden, wegen der Besetzung der Orientbahnlinie durch Bulgarien die dem Vertrag entsprechenden Schritte in Sofia zu tun.

Die Direktion der bulgarischen Staatsbahn forderte die bisherigen Beamten der Orientbahn auf, in bulgarische Dienste überzutreten, und verlangte, daß morgen die protokollarische Uebernahme der in Bulgarien gelegenen Bahnstationen erfolge. Die hiesige Direktion der Orientbahn antwortete den Beamten auf deren Anfrage, sie kenne nicht die Intentionen des bulgarischen Rechtsbruchs, die Beamten möchten die Uebergabe verweigern, wenn die Gewalt weichen und den Schutz des Konsulats in Philippopel anrufen.

Ein Londoner Telegramm besagt: Mintchavitch, der bulgarische Agent in London, sagte gelegentlich eines Interviews zu einem Vertreter des Reuterschen Bureaus, Bulgarien müsse zum mindesten die Kontrolle über den Teil der Orientbahn ausüben, der innerhalb des bulgarischen Gebiets liege, und wenn die bulgarische Regierung diesen Teil nicht durch Kauf erwerben könne, so werde sie mit der Orientbahngesellschaft in direkte Unterhandlungen treten, um die notwendige Kontrolle zu erlangen. Mintchavitch sprach die Hoffnung aus, daß es sich nicht um ernstliche Verwicklungen handle, doch sei die Angelegenheit für Bulgarien eine Frage der nationalen Sicherheit. Immerhin hätte Bulgarien nicht die Absicht, zu Kriege zu treiben. Mitchavitch fuhr fort: Meiner Meinung nach, die natürlich für meine Regierung nicht maßgebend ist, ist die Zeit für die Unabhängigkeit Bulgariens gekommen. Wir sind ja bereits unabhängig, nur der Name und die Erklärung der Unabhängigkeit fehlen noch. Die Unabhängigkeit Bulgariens würde in der Tat das politische Gleichgewicht im Osten nicht beeinträchtigen. Es ist von großer politischer Wichtigkeit, daß Fürst Ferdinand in Budapest mit so bemerkenswerter Herzlichkeit empfangen wurde.

• • •

Fürst Ferdinand von Bulgarien ist Freitag abend in Wien eingetroffen.

### Aus Konstantinopel

wird unter dem 25. d. M. berichtet: Der Jungtürkenführer Achmed Risa Bey ist heute hier eingetroffen.

Infolge einer Depesche der geistlichen Führer von Kerbelah, in der es heißt, derjenige, welcher den Reaktionären gegen die Liberalen von Tähris helfe, sei kein Mohammedaner, betrachtet die hiesige persische Kolonie den Schah als Häretiker und erkennt ihn nicht mehr an. Zugleich erklärte sie, den hiesigen persischen Botschafter nicht mehr als Botschafter, sondern nur als Oberhaupt der Kolonie ansehen zu wollen. Infolgedessen hat der Botschafter seine Entlassung genommen und sich an einer für die Kämpfenden von Tähris eingeleiteten Sammlung mit 10 000 Frank beteiligt.

### Persien.

Wie der Petersburger Telegraphen-Agentur aus Teheran gemeldet wird, hat der Schah die Zusammenberufung des Medschlis und des Senates für den 14. November verfügt.

Von anderer Seite wird aus Teheran, den 25. telegraphiert: Heute gehen 400 persische Kosaken, hauptsächlich Artilleristen, mit sechs Geschützen von drei verschiedenen Systemen unter einem russischen Hauptmann nach Tähris ab, um dort die Ruhe herzustellen.

### Aus dem böhmischen Landtag.

Die gestern mittag abgehaltene Sitzung des böhmischen Landtages war durch die technische Obstruktion der Deutschen ausgefüllt, verlief aber ohne Zwischenfall. Sie wurde schließlich abgebrochen, da sich die deutschen Abgeordneten entfernten, und das Haus dadurch beschlußunfähig wurde. Die nächste Sitzung wurde auf den Abend angesetzt.

Bei Beginn der Abendsitzung protestierte Pergelt im Namen der Deutschen gegen die ungesetzmäßige Abhaltung der Sitzung. Als der Oberstlandmarschall dem deutschen Abgeordneten Wuß das Wort erteilte zur Fortsetzung seiner Nachmittags unterbrochenen Rede, applaudierten die Tschechen, während sich auf den Bänken der Deutschen großer Lärm